



PRESSEMITTEILUNG

IG Metall-Bezirksleitung NRW, Düsseldorf, 21. Juni 2024

Tarifkommission fordert 7 Prozent für die Beschäftigten der Metall- und Elektroindustrie NRW

Die Tarifkommission der nordrheinwestfälischen Metall- und Elektroindustrie hat die Forderung für die Tarifrunde beschlossen. Demnach wird eine Erhöhung der Monatsentgelte um 7 Prozent bei einer Laufzeit von zwölf Monaten gefordert. Zudem sollen die Ausbildungsvergütungen um 170 Euro überproportional ansteigen. Besondere Berücksichtigung im Tarifergebnis sollen die unteren Einkommensgruppen finden, indem sie mit einer sozialen Komponente bessergestellt werden. Darüber hinaus soll, bei geschlossenen Manteltarifverträgen, über eine Verbesserung und Weiterentwicklung der Anspruchsmöglichkeiten für die tarifliche Freistellungszeit gesprochen werden.

Knut Giesler, Bezirksleiter der IG Metall NRW und Verhandlungsführer: „Diese Forderung berücksichtigt, dass die Beschäftigten nach wie vor den Druck der hohen Inflation der letzten beiden Jahre in ihren Geldbeuteln spüren. Sie hat aber auch die sehr unterschiedliche wirtschaftliche Situation der Branche im Blick. Nicht zuletzt ist es eine Forderung aus gesamtwirtschaftlicher Verantwortung: Nach dem Frühjahrsgutachten ist der private Konsum die wichtigste und letzte Stütze einer schwierigen konjunkturellen Situation. Wenn wir jetzt auch noch den privaten Konsum abwürgen, dann kommt Deutschland aus der angespannten wirtschaftlichen Lage nicht heraus. Deshalb brauchen die Leute Geld in der Tasche, das sie ausgeben können.“

Der Gewerkschafter verwies zur Begründung der Forderung auch auf die größte Beschäftigtenbefragung in der Geschichte der IG Metall, mit der allen Kolleginnen und Kollegen die Möglichkeit gegeben wurde, sich im Frühjahr an der Gestaltung der Tarifrunde zu beteiligen. In NRW haben sich rund 52.000 an der Befragung beteiligt.

75 Prozent der Befragten ist es besonders wichtig, ihre gestiegenen Kosten auszugleichen und die Kaufkraft zu stärken. Während die gesamtwirtschaftliche Situation nur von 17 Prozent als „sehr gut“ oder „gut“ bewertet wird, halten 40 Prozent der Beschäftigten die wirtschaftliche Situation des eigenen Betriebes für „sehr gut“ oder „gut“. 23 Prozent halten die Lage in ihrem Betrieb für „schlecht“ oder „sehr schlecht“.

Auf die konkrete Frage nach einer angemessenen Entgeltforderung antworten 33 Prozent mit „mehr als 8 Prozent“. 31 Prozent geben die Antwort „6-8 Prozent“, 27 Prozent wollen „4-6 Prozent“ und 10 Prozent sagen 0-4 Prozent sei die richtige Forderung.

Knut Giesler: „Diese Ergebnisse spiegeln die wirtschaftliche Situation der Branche gut wider. Es gibt Betriebe, denen es sehr gut geht, andere haben Schwierigkeiten und kündigen Personalabbau an. Unsere Forderung berücksichtigt sowohl diese Bandbreite als auch das Spektrum der Erwartungen der Beschäftigten.“

Zudem wünschen sich 80 Prozent der Befragten mehr individuelle Wahlmöglichkeiten zwischen Zeit und Geld, um beispielsweise Familie und Beruf besser zu vereinbaren, sich ehrenamtlich engagieren zu können oder um Angehörige zu pflegen.

Giesler: „Wir werden diesen Wunsch in der Tarifrunde aufgreifen und in den Gesprächen auf Verbesserungen der aktuellen tarifvertraglichen Situation drängen.“

Auch die Forderung nach einer überproportionalen Erhöhung der Auszubildendenvergütung um 170 Euro von den Befragten resultiert daraus. So stimmen 69 Prozent der Aussage zu, dass Auszubildende und dual Studierende von steigenden Kosten besonders belastet sind und fast 60 Prozent finden, dass die Ausbildungsvergütungen besonders stark erhöht werden sollten.

Giesler: "Jeder dritte Auszubildende muss zurzeit nebenher jobben, um über die Runden zu kommen. Das ist eine hohe Belastung für Auszubildenden. Es kann aber auch nicht den Unternehmen gefallen, wenn ihr Fachkräftenachwuchs sich nicht voll auf die Ausbildung konzentrieren kann. Darum werden wir die Jugend in dieser Tarifrunde besonders unterstützen und gleichzeitig die Ausbildung in der Branche attraktiver machen.“

Weitere Zeitleiste:

08./09. Juli 2024: Forderungsbeschluss durch den Vorstand der IG Metall

12. September 2024: Erste Verhandlung in NRW

29. Oktober 2024: Ende der Friedenspflicht